

FRANKREICH

JÖRG WOLFF
MATHILDE DURAND
CATHRIN GRÄBER

26. März 2010

www.kas.de
www.kas.de/paris

Politische Folgen der Regionalwahlen in Frankreich:

EINE BESTANDSAUFNAHME

Der vergangene Sonntag erbrachte die erwartete Wahlniederlage der Regierungspartei Union pour un Mouvement Populaire (UMP), die sich im 2. Wahlgang der Regionalwahlen am 21. März einem von der Parti Socialiste (PS) angeführten Listenbündnis stellen musste, das 54,04% der Stimmen erhielt. Es hat damit 21 der 22 Regionen auf dem Festland gewonnen. Zwar erhöhte die UMP ihr Ergebnis gegenüber dem 1. Wahlgang um 9,23% auf 35,38%, lag damit aber weit hinter den vereinigten Linken. Die Wahlbeteiligung erreichte 51,21% und stieg um 4,91%. Nach einer dieser Tage veröffentlichten Meinungsumfrage, die unmittelbar nach der 2. Wahlrunde durchgeführt wurde, würden 59% der Befragten bei den kommenden Präsidentschaftswahlen im Jahre 2012 einen Kandidaten der Linken vorziehen, 32% dagegen für einen konservativen Präsidenten stimmen. Diese Zahlen spiegeln zwar nur eine Momentaufnahme nach der Wahl wider. Sie unterstreichen jedoch die Dringlichkeit der für den Präsidenten und seine Regierungspartei vorherrschenden Frage, wie die Folgen der Regionalwahlen begrenzt und vor allem in eine politische Strategie umgewandelt werden können, die das Vertrauen der Wähler wiedergewinnt und sich damit in Mehrheiten bei Präsidentschaftswahl und Parlamentswahl umsetzt. Demgemäß standen als Ausdruck für die schlechte Stimmung der UMP die Worte „Erneuerung und Wiederaufbau“ sowie der „Rückkehr zu alten Werten“ im Mittelpunkt der Diskussionen über die Folgen und Konsequenzen des Wahlergebnisses, die eine Neuverteilung der Rollen und der politischen Gewichte erbringen könnten. Präsident Sarkozy nahm umgehend eine moderate Kabinettsumbildung vor, um wieder in die politische Offensive zu gelangen. Am 24. März hielt der Staatspräsident eine Ansprache, in der er die Fortsetzung der Reformen mit geänderten Prioritäten bekräftigte und damit vor dem Hintergrund des schlechten Wahlergebnisses seine umstrittene Politik verteidigte.

Die Ergebnisse des 2. Wahlgangs

Die Regionalwahl war die letzte Wahl vor der Präsidentschaftswahl 2012 und der kurz danach stattfindenden Parlamentswahl. Sie war daher ein bedeutsamer Stimmungstest für Frankreichs Parteien.

Der nach dem bestehenden Wahlsystem zweite und entscheidende Wahlgang hat dem Linksbündnis, das in der Woche zwischen beiden Wahlgängen gebildet wurde, eine flächendeckende Mehrheit von insgesamt 54,05% erbracht. Ihm gehören die Parti Socialiste, die grüne Sammelpartei Europe Ecologie und der Front de Gauche (einschließlich der Kommunisten) an. Von den 22 Regionen des französischen Festlandes, und nur diese sind politisch relevant, verblieb lediglich das Elsass bei der UMP. Korsika ging verloren.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

JÖRG WOLFF
MATHILDE DURAND
CATHRIN GRÄBER

26. März 2010

Dennoch konnte sich die UMP im Vergleich zum ersten Wahlgang um etwas mehr als 9% verbessern und verfehlte damit knapp ihr Ergebnis von 2004. Gegenüber den Europawahlen vom letzten Jahr legte sie um 7% zu. Trotzdem betrug der Abstand zum Linksbündnis in allen Regionen, in denen die UMP direkt gegen es antrat, durchgehend etwa 18%. Dies ist für die Partei umso bedenklicher, als prominente Politiker der Regierung als Kandidaten antraten und der dadurch erhoffte Wahlbonus nicht erzielt werden konnte. Es gelang ihr ebenfalls nicht, eine neue Region auf dem Festland zu gewinnen. Damit hat die UMP ihr Wahlziel weit verfehlt und ihre Bilanz ist negativ. Festzuhalten bleibt, dass insgesamt die Zustimmung zu ihrer Politik gesunken ist.

Der Front National (FN) verlor im Landesdurchschnitt zwar etwas mehr als 2%, erhielt aber in den Regionen, in denen er antrat, durchschnittlich 18% der Stimmen und erzielte in seinen Hochburgen zum Teil mehr als 20%. Der FN ist nach hiesiger Einschätzung dafür bekannt, seine Wähler stärker als andere Parteien mobilisieren zu können. Die hohe Zahl der Nichtwähler verzerrt hier jedoch die Perspektive. Dennoch scheint es dem FN gelingen zu sein, in bislang bürgerliche Wählergruppen einzudringen. So verdeutlicht sein gutes Ergebnis, dass die UMP vom rechten Spektrum der Wählerlandschaft künftig keine zusätzliche Unterstützung erwarten kann. Sie muss beweisen, dass sie mit der politischen Konkurrenz der FN umgehen kann und eine erstarkte Rechte nicht wie vor 2007 wieder zu einer Zerreißprobe für das bürgerliche Lager wird. Insoweit dürfte die FN auch 2012 für die UMP eine ernstzunehmende Größe darstellen.

Das Linksbündnis sieht sich demgegenüber als großer Gewinner der Wahl und in einer gestärkten Ausgangsposition für 2012. Es erzielte gegenüber dem ersten Wahlgang einen Zuwachs von knapp 8%. Allerdings stellt dieses Ergebnis nach den Worten von der Vorsitzenden der PS, Martine Aubry, auch Ansprüche an die beteiligten Parteien. Vor allem die PS als wichtigster Teil des Bündnisses sieht sich im Aufwind und bezeichnete das Wahlergebnis als „Wahl für die Hoffnung“ und „Sieg für das ganze Land“. Die gegenwärtige Stärke des Bündnisses ist jedoch die aktuelle Schwäche von Präsident und Regierung. Es hat bislang weder eine programmatische Alternative für 2012 erkennen lassen, noch sich auf einen gemeinsamen und überzeugenden Spitzenkandidaten oder -kandidatin einigen können. Ohne den Aufbau von tragfähigen Strukturen, Verfahren und politischen Abstimmungsmechanismen dürfte es bei so unterschiedlichen Partnern des Bündnisses aber kaum gelingen, ein erneutes Scheitern wie bei der vergangenen Präsidentenwahl zu vermeiden. Dem stehen zu viele traditionelle innere Zerwürfnisse bei der PS, die zum Teil gegensätzlichen Ambitionen der Bündnisparteien und die mitunter recht exzentrischen Mandatsträger ihrer Parteien entgegen.

FRANKREICH

JÖRG WOLFF
MATHILDE DURAND
CATHRIN GRÄBER

26. März 2010

Partei	Ergebnisse 2010 2. Wahl- gang der Regional- wahlen 2010 (in Prozent der abgege- benen Stim- men)	Ergebnisse 2010 1. Wahl- gang der Regional- wahlen 2010 (in Prozent der abgege- benen Stim- men)	Ergebnisse 2004 2. Wahl- gang der Regional- wahlen 2004 (in Prozent der abgege- benen Stim- men)	Ergebnisse 2004 1. Wahl- gang der Regional- wahlen 2004 (in Prozent der abgege- benen Stim- men)	Europawah- len 2009 (in Prozent der abgege- benen Stim- men)
PS	54,05**	29,09	49,91	39,11*	16,8
UMP/NC	35,38	26,15	36,84	33,73	28
Europe Ecologie	Gemeinsame Liste mit der PS	12,32	gemeinsame Liste mit der PS	gemeinsame Liste mit der PS	16,2
FN	9,17	11,55	12,38	14,70	6,5
Front de Gauche	gemeinsame Liste mit der PS	5,90	gemeinsame Liste mit der PS	gemeinsame Liste mit der PS	6,3
MoDem	0,84	4,24	gemeinsame Liste mit der UMP	gemeinsame Liste mit der UMP	8,5
Andere	0,56	10,75	0,86	12,46	17,7
Gesamtergebnis	100	100	100	100	100
Stimmhaltung	48,79%	53,65%	34,34%	37,88%	60,2%

* Allianz der Sozialisten, der Grünen und der Kommunisten

** Allianz der Sozialisten, der Grünen, der Kommunisten und der anderen Linksparteien

Quelle: Innenministerium; Tagespresse

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass das Wahlergebnis eine Zwischenbilanz für Präsident Sarkozy und seine Regierung zog, wie sie schlechter nicht hätte sein können. Gleichzeitig haben die im Linksblock vertretenen Parteien eine überzeugende Mehrheit erhalten, aber damit kommende Wahlen noch lange nicht gewonnen. Angesichts der Stimmhaltung von fast 49% und einem Anteil von ungefähr 9% der Front National verfügt das Linksbündnis nicht über ausreichend Stimmen, um bei der Präsidentschaftswahl oder den Parlamentswahlen erfolgreich zu sein. Die Arithmetik der Ergebnisse der Regionalwahlen darf nicht zu Schlussfolgerungen für 2012 verführen. Präsident und Regierung stecken zwar in

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

JÖRG WOLFF
MATHILDE DURAND
CATHRIN GRÄBER

26. März 2010

einem Popularitätstief, aber in zwei Jahren geht es wieder sehr viel mehr um Personen und nationale Themen.

Der Wahlausgang und die UMP

Die Wahlergebnisse haben den Präsidenten, seine Regierung und die Partei unter Druck gesetzt. „Erneuerung“ und „Wiederaufbau“ waren die Schlagworte, die unmittelbar nach den Wahlen immer wieder zu hören waren. Die Niederlage wurde eingestanden. Präsident Sarkozy und Ministerpräsident François Fillon sprachen davon, dass die Botschaft der Wähler verstanden worden sei und Konsequenzen gezogen würden. UMP-Generalsekretär Xavier Bertrand bezeichnete den Wahlausgang als eine Enttäuschung. Um sein Amt muss er sich keine Gedanken machen: Da seit der Präsidentenwahl die programmatische Aktivität der UMP nachgelassen hat und die inhaltliche Arbeit im Elysée erfolgt, ist er schwer allein für das Ergebnis verantwortlich zu machen. Trotzdem scheinen sich die bisherigen politischen Konstanten zu verschieben und im Regierungslager wird Kritik hörbar. Am meisten zur Person des Präsidenten – freilich nicht namentlich, aber doch so deutlich, dass der Adressat unverkennbar ist. So wird die Strategie der *ouverture*, der Öffnung der Regierung gegenüber der politischen Linken, die mit den Namen Eric Besson, Bernard Kouchner und anderen verbunden ist, bemängelt und von Abgeordneten als einer der Gründe für das Scheitern bei den Regionalwahlen angeführt. Die Berufung sozialistischer Minister habe links keine Stimmen gebracht, rechts aber viele gekostet. Jean-François Copé, der einflussreiche Fraktionsvorsitzenden der UMP, forderte ausdrücklich ein Ende der personellen Öffnung nach Links, was in Paris Aufmerksamkeit erregte. Andere sehen die Wahlniederlage durch die Vernachlässigung sozialer Fragen, den Mangel an Glaubwürdigkeit der Regierungspolitik, die schlecht durchdachten Umsetzungskonzepte der Reformen und fehlende Resultate begründet. Der frühere Ministerpräsident Alain Juppé wirft der Regierung vor, sie habe mit einer „inopportunen und polemischen“ Debatte über die nationale Identität die Interessen der FN bedient. Eric Besson übernimmt, als Minister für Einwanderung, nach der aus dem Ruder gelaufenen Debatte um die nationale Identität seinen Teil der Verantwortung – allerdings weniger aus Einsicht als aufgrund der Stimmung in der Partei. Trotzdem behält er sein Ministeramt.

Der Wahlausgang begünstigt den Fraktionsvorsitzenden **Jean-François Copé**. Die Bedeutung des Parlaments wächst im politischen System Frankreichs und er schuf im nicht unkomplizierten Umgang mit der Exekutive aus der Fraktion ein Gegengewicht zum Präsidenten. Mit seiner integrativen Persönlichkeit wirkt er auf die eigenen Reihen beruhigend. Es gehe jetzt nicht, so Copé, um eine Suche nach Sündenböcken, sondern um einen „neuen Pakt der Mehrheit“. Er plädierte für eine Verlangsamung, Straffung und Konzertierung der Reformen. Die wichtigsten davon sind bis 2012 die Rentenreform, die Reform der Gebietskörperschaften, die Einführung einer Steuer auf Kohlendioxid-Emissionen (wurde in der Rede des Präsidenten vom 24.3.2010 zurückgenommen) sowie die Abschaffung der Untersuchungsrichter. Auch der frühere Ministerpräsident, Jean-Pierre Raffarin, sprach sich für eine „Vertrauensabstimmung“ zu den nationalen Reformen im Parlament aus.

Eine Rückkehr der Partei zu „alten Werten“, die von mehreren UMP-Politikern gefordert wurde, hieße den innerparteilichen Strömungen das Gewicht zu geben, das in den Statuten verankert, aber nicht umgesetzt wurde. Stimmen in der Partei werden laut, die eine Stärkung dieser *courants* und damit „mehr Vielfalt in der Einheit“ fordern. Insoweit müsse das Organisationsmodell der Partei überdacht werden. Manche Abgeordneten verweisen auf die hierarchische Struktur der UMP, welche Entscheidungsabläufe „von oben“ begünstige. All dies rührt am Kern der Partei und zeigt, dass ein klar identifizierbares parteipolitisches Profil nicht besteht. Die UMP wurde 2002 vom damaligen Präsidenten Jaques Chirac als bürgerliche Sammlungsbewegung gegründet. Nicht wenige Funktionsträger weisen darauf hin, dass

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

JÖRG WOLFF
MATHILDE DURAND
CATHRIN GRÄBER

26. März 2010

eine wirkliche institutionelle, ideologische und personelle Fusion der drei konstitutiven Parteien (Rassemblement pour la République, Démocratie Libérale, Union pour la Démocratie Française) nie stattgefunden habe.

Das Wahlergebnis und die eher kritische Stimmung in der Partei bedeuten ein Dilemma für Präsident und Regierung. Dieses stellt sich in der brisanten Frage, ob Frankreich, dessen Staatsschuld und Haushaltsdefizit Rekordwerte erreichen, harte Reformen benötigt, oder mit weichen Maßnahmen der durch die Wirtschaftskrise steigenden Arbeitslosigkeit entgegenwirken soll. Dem wurde bisher mit einer Kabinettsumbildung und einer Straffung der Regierungsagenda begegnet.

Die Kabinettsumbildung

Der bisherige Arbeits- und Sozialminister Xavier Darcos scheidet aus der Regierung aus. Er war durch seine schwere Niederlage bei den Regionalwahlen politisch angeschlagen. Das Arbeits- und Sozialministerium wird vom bisherigen Haushaltsminister **Eric Woerth** übernommen, der damit für die wichtige und politisch sehr sensible Rentenreform zuständig wird. Von ihr dürfte zu einem wesentlichen Teil der Erfolg der Regierung in der zweiten Hälfte ihrer Amtszeit abhängen. Ihr Ziel ist ein höheres Rentenalter oder eine Verlängerung der erforderlichen Arbeitsjahre für eine Vollrente. Eric Woerth scheint für diese Aufgabe geeignet, gilt er doch als ein geschickter Reformler, der sich vor allem einen Namen bei den Steuerreformen machte. Er muss sich bei der Rentenreform und den voraussichtlichen Konfrontationen mit den Gewerkschaften bewähren. Eric Woerth ist Finanzexperte, leitete mehrere Jahre das Haushaltsministerium und ist UMP-Schatzmeister. Er gilt als loyaler Mitarbeiter Sarkozys, war Berater des früheren Ministerpräsidenten Alain Juppé und begann seine politische Laufbahn im Umkreis des früheren Präsidenten Jacques Chirac.

Eric Woerth wird im Ministerium künftig von Georges Tron als Staatssekretär unterstützt, der als Vertrauter des früheren Regierungschefs Dominique de Villepin gilt. Neu ins Kabinett rückt ebenfalls der UMP-Parlamentarier Marc-Philippe Daubresse, der Jugendminister wurde. Damit sind die verschiedenen Strömungen der UMP wieder stärker im Kabinett vertreten.

Die politisch gesehen wichtigste Personalie der Regierungsumbildung dürfte der 44-jährige **François Baroin** sein, der zum Haushaltsminister ernannt wurde. Er ist ein *Chiraquien*, der seine schnelle politische Laufbahn im gaullistischen Rassemblement seines Mentors Jacques Chirac begann. Er war mit 30 Jahren Regierungssprecher, mit 35 Minister für Übersee und löste 2007 für einen Monat Nicolas Sarkozy als Innenminister ab. Als Sarkozy Präsident wurde schieden viele *Chiraquiens* aus dem engen Machtzirkel aus. Baroin ist seit langem ein medienwirksamer Kritiker der politischen Strategie des Präsidenten, sei es wegen der Politik der Öffnung nach links, die er als Bruch der alten bipolaren Politik bezeichnete, der Debatte über die nationale Identität, der Kostensenkungen bei der Polizei und im Schulwesen oder des Tempos der Reformen. Dass der Präsident ausgerechnet ihn als einen seiner stärksten Kritiker in die Regierung einbinden musste, gibt Aufschluss über die prekäre innerparteiliche Situation seiner Regierung, aber auch der Absicht, alle Richtungen der Partei wieder in die Verantwortung zu nehmen.

In den letzten Monaten wuchs ebenfalls Statur und Popularität von **François Fillon**. In den Turbulenzen vor und nach den Regionalwahlen hat er sich im Windschatten des Elysée zum ruhenden Pol der Regierung entwickelt. Dies kam in der Öffentlichkeit an und so wurden Fillon von den Medien denn auch schnell Fähigkeiten zur Ausübung des Präsidentenamts zuerkannt. Der 56jährige ruhige, höfliche und angesehene Ministerpräsident steht nach verläss-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

JÖRG WOLFF
MATHILDE DURAND
CATHRIN GRÄBER

26. März 2010

lichen Informationen eher dem sozialen und euroskeptischen Flügel der UMP nahe. Er konnte sich als Koordinator der Regierungspolitik eine solide Basis innerhalb der Partei verschaffen. Seine politische Laufbahn begann mit 27 Jahren als Abgeordneter und erreichte die Positionen sowohl des Sozial-, als später auch des Bildungsministers. Durch seine frühe Unterstützung von Sarkozy erhielt er 2007 das Amt des Ministerpräsidenten.

Als mögliche Präsidentenkandidaten der Partei für eine Zeit nach Sarkozy gelten gegenwärtig **Jean-François Copé, François Fillon und François Baroin.**

Wie geht es weiter?

Drei Tage nach der Wahl trat Präsident Sarkozy am 24. März mit einer Rede vor die Öffentlichkeit. Darin beschrieb er in einer Art kurzen Regierungserklärung die Fortsetzung seiner Politik: Er verstehe die Ängste und Sorgen der Franzosen vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise. Seit seiner Wahl vor drei Jahren seien viele Reformen umgesetzt worden, aber oft habe die Bevölkerung das Gefühl, dass sich ihr Alltag dadurch nicht ändere. Aber nichts wäre schlimmer als ein Kurswechsel. Er sei gewählt worden, Frankreich zu modernisieren und er werde diese Verpflichtung einhalten.

Ohne eine Fortsetzung der Reformen wären alle bisherigen Bemühungen umsonst. Als Präsident müsse er für Stabilität und Kontinuität sorgen. Vor drei Jahren hätten sich die Franzosen für Wettbewerbsfähigkeit und Arbeit ausgesprochen. Daher sprach er sich gegen Steuererhöhungen, aber für mehr Investitionen in Innovation, Forschung und Hochschulen aus. Arbeitsplätze und soziale Sicherung müssten gewährleistet werden.

Sarkozy bezeichnete in dieser Rede drei dringende Probleme wie folgt: Die Agrarsubventionen werde er verteidigen und dafür auch Streit mit den Partnern in der EU in Kauf nehmen. Er werde die Landwirtschaft nicht sterben lassen. „Wir müssen uns um die Finanzierung der Renten kümmern, und müssen darüber mit den Sozialpartnern diskutieren. Innerhalb von sechs Monaten werden wir die dafür notwendigen und gerechten Maßnahmen einleiten. Der Gesundheitsbereich bedarf besonderer Aufmerksamkeit. Die europäische Dumpingpolitik bei Umweltsteuern ist eine Bedrohung für die Arbeit. Ich bestätige unmissverständlich die Notwendigkeit der CO2-Steuer, mache sie aber von einer Einführung auf europäischer Ebene abhängig.“

Nach einigen Anmerkungen zu den Veränderungen der französischen Werte, die der Präsident durch die Gewalt in den Schulen, dem Verletzen der Laizität, den Diskriminierungen, der Verantwortungslosigkeit einiger Eltern und im Tragen der Burkas gefährdet sieht, betonte er noch einmal die Notwendigkeit von Reformen, damit Frankreich aus der gegenwärtigen Krise gestärkt hervorgeht und eine Rolle in der Welt von morgen spielen kann. Er schloss seine Rede mit der Bemerkung: „Sie erwarten Ergebnisse. Sie werden Ergebnisse sehen.“

Fazit

Frankreich hat sich bei den Regionalwahlen, wie UMP-Generalsekretär Xavier Bertrand richtig sagte, nicht gegen weitere Reformen ausgesprochen. Dies lässt sich auch aus einer Umfrage der Zeitung Figaro entnehmen. Viele bürgerliche Stammwähler scheinen jedoch von dem Präsidenten und seiner als hektisch und undurchdacht empfundenen Reformpolitik enttäuscht und trugen zu seinem Popularitätsverlust und damit zu einer Schwächung der Partei bei. Nach in Paris vorherrschender Meinung wurde bei den Regionalwahlen nicht die Regierung abgestraft, sondern Staatspräsident Sarkozy. Das ist die Kehrseite der präsidenten-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

JÖRG WOLFF
MATHILDE DURAND
CATHRIN GRÄBER

26. März 2010

Omnipräsenz in Frankreich. Die wichtigsten politischen Entscheidungen werden im Elysée gefällt, der Präsident hält die entscheidenden Reden, initiiert Politik und Themen und ist demgemäß entsprechend exponiert. Das erklärt sich aus dem politischen System, das den Präsidenten mit außerordentlichen Vollmachten ausstattet. Allerdings war nach Auffassung vieler die Akzentuierung der Macht noch nie so stark wie unter der gegenwärtigen Präsidentschaft. Sarkozy stellt für Frankreich einen neuen und ungewohnten Typus eines energischen Staatsechfs dar, der alte und neue Elemente in seinem Führungs- und Arbeitsstil vereint. Er habe, wie ein kluger Kenner ausführte, eine Reihe von Fundamentalreformen mit dem Ziel der notwendigen Modernisierung Frankreichs, der Abschaffung von Privilegien und der Senkung des Staatsanteils eingeleitet, um der Verkrustung Frankreichs zu begegnen. Diese Politik ist für Frankreich ohne Alternative. Die Reformen werden nunmehr nicht nur wegen des Wahlausganges, sondern auch wegen der Wirtschaftskrise verringert, gestrafft und vorsichtig weiterbehandelt. Das in manchen Medien wie von den Linksparteien vorhergesagte Ende der Präsidentschaft Sarkozys in zwei Jahren ist allerdings reine Spekulation und nur mit großer Vorsicht zu genießen. Sarkozy ist ein starker Wahlkämpfer. Und es gibt, wie ein langjähriger Kenner ausführte, den traditionellen Reflex der französischen Rechten: Wenn der Machterhalt gefährdet erscheint, rückt sie in der Regel diszipliniert zusammen. In der Not auch wider alle persönlichen Animositäten.